

CONCILIUM aktuell

Anton G. Weiler

Jenseits des Marxismus

Eine Welle der Befreiung rollt über die Welt hinweg, deren Ende noch nicht abzusehen ist. In Osteuropa, in Lateinamerika und in Afrika sind durch lange Zeit verteidigte totalitäre Stellungen endlich gefallen. An mehr als einem Ort auf unserem Erdball ist der politische Marxismus, der auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmte, an sein Ende gekommen. Dies ist offensichtlich kein bloß zeitweiliger Rückzug. Es scheint tatsächlich um den Abschluß einer geschichtlichen Epoche zu gehen, die tiefgreifend vom Marxismus und den von ihm hervorgerufenen Gegenbewegungen geprägt war. Ein endgültiges Urteil läßt sich noch nicht fällen, solange der vollständige Verlauf dieses Prozesses noch nicht bekannt ist, und bis dahin kann es noch Jahre dauern. Man denke nur an die Stagnation in Rumänien, in Bulgarien und Albanien und vor allem an China, Nordkorea und Kuba.

Gewiß verlangen die Ereignisse in der Sowjetunion und in den Ländern Osteuropas, in Lateinamerika und Afrika danach, von seiten der Christen hinsichtlich der tieferen Bedeutung dieses historischen Prozesses durchdacht zu werden. Man kann sich hier mit Gemeinplätzen begnügen, wenn unter unseren Augen so radikal mit lange und beharrlich - auch mit Gewalt - verteidigten politischen Positionen abgerechnet wird. Was in diesen Ländern geschieht, schließt eine Herausforderung an die Christen ein, das ideologische Umfeld ihrer Existenz tiefschürfend zu untersuchen. Die Gegensätze zwischen Marxismus und Liberalismus als zwei Lebens- und Weltanschauungen und den damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Gestaltungen treten ja mehr denn je zuvor deutlich zutage. Daß diese kritischen Bewegungen im alten Europa auch in Afrika und Lateinamerika Rückwirkungen zeigen, unterstreicht nur noch die Wichtigkeit einer gründlichen Besinnung auf die «westlichen» Werte und die damit zusammenhängenden gesellschaftlich-politischen Systeme.

Es ist nicht weiter schwierig, die bis vor kurzem in scharfen Begrenzungen bestehenden Gegensätze zwischen «Ost» und «West» mit Hilfe von ein paar Charakteristiken zu skizzieren. Sehr leicht landet man dann bei folgenden Schlagworten: Freiheit und Demokratie bei «uns», totalitäre Bevormundung durch den Staat und Parteidiktatur bei «ihnen». Da der ausgeübte Druck nicht mehr aufrechterhalten war - aus welchen Gründen auch immer -, rief der Westen die Völker und Regierungen der osteuropäischen Länder auf, den westlichen Wert der Freiheit zum Herzstück der gewünschten Reformen zu machen: Bewegung- und Reisefreiheit, Freiheit der Information und Meinungsäußerung, Freiheit zu gesellschaftlicher und politischer Organisation und freie Marktwirtschaft. Falls diese Freiheiten völlig realisiert und zu Grundprinzipien der «neuen Ordnung» gemacht werden, wird die Folge davon sein: ideologischer und politischer Pluralismus, Dezentralisierung der Kontrolle über Ideen und Macht, Aufhebung des totalitären Zugriffs auf innere nationale und kulturelle oppositionelle Kräfte - mit anderen Worten: die Einführung der demokratischen Ordnung in der Gesellschaft. Im übrigen begreift jeder, daß eine neue Integration der Bestandteile der jetzt auseinanderplatzenden Systeme zu neuen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Einheiten ein Prozeß sein wird, der einen sehr langen Atem fordert.

Für Christen interessante Fragen lauten dann: Welche Werte werden im Mittelpunkt dieser Neuintegration stehen? Welcher Wertekonsens kann dabei entstehen, der den Aufbau einer neuen Gesellschaft beseelen könnte? Was wird demnächst die Menschen zusammenhalten, wenn die totalitäre Autorität der Partei und der Bürokratie, des Militär- und Polizeiapparats verschwunden oder auf Maßstäbe reduziert sein wird, die für die neuen Demokraten annehmbar sind? Welche Rolle sollen die kirchlichen Gemeinschaften beim Aufbau der neuen Gesellschaft spielen können? Die römisch-katholische Kirche in Polen und die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik waren sehr eng beteiligt an den kritischen Bewegungen. Wie aber soll sich diese Beziehung gestalten, wenn diese Bewegungen sich im freien Feld des säkularistischen demokratischen Pluralismus nach westlichem Zuschnitt bewegen können?

Und Christen, die in einem «westlichen» Milieu leben, müssen sich fragen: Was hat der Westen in dieser Sache zu bieten? Wie geht der Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft hier eigentlich zu

Werke? Was ist für Europa nach 1992 in dieser Sache zu erwarten? Und kann das ein anregendes Vorbild sein für die Länder Osteuropas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas?

Die hier aufgeworfenen Fragen können auf eine einzige Frage etwa in dieser Form zurückgeführt werden: Sind Freiheit und Demokratie inhaltlich bestimmte Werte, oder sind sie bloß leere formale Prinzipien, die einmal angewandt und ein andermal nicht angewandt werden könnten, je nach dem, welchen Typ von Gesellschaft man verwirklichen will?

Aus vielen Analysen gewinnt man den Eindruck, daß im Westen die letztgenannte Betrachtungsweise vorherrscht. Die angepriesene Freiheit wird großenteils als ein formales, inhaltsloses, nichtideologisches Prinzip betrachtet. Der international zu beobachtende Umschwung, den früher marxistische Länder in Richtung auf eine marktorientierte Wirtschaft vollziehen, ist aber offensichtlich auch inspiriert von einer grundsätzlich anderen Werteorientierung. Der Bankrott des Marxismus als Wahrheitssystem erwies sich ja – entsprechend den Kriterien des wissenschaftlichen Marxismus – aus dem vollständigen und katastrophalen Scheitern der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Praxis. Und diese Erfahrung führte zu einer veränderten Auffassung von der Systematik von Gesellschaftskonstruktionen. Sie trieb die Bürger massenweise auf die Straßen – gegen die Diktatur der Partei.

Auch die Ideen der Intelligenzija von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus in Gestalt eines reformierten Staatssozialismus wurden, wie sich aus den Wahlergebnissen ergibt, abgelehnt. Man wollte Bürger im «westlichen» Sinn sein: Einzelmensch, der sein Leben in Würde und Verantwortlichkeit aufgrund von Menschenrechten einrichten kann, und dies innerhalb eines liberalen Rechtsstaates mit Gewaltenteilung, mit parlamentarischer Demokratie, in relativem Wohlstand, in internationaler Offenheit und Kommunikation sich einsetzend für die universalen Werte von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Der Weg, der dorthin zurückgelegt werden muß, ist aber markiert durch die Notwendigkeit schneller Industrialisierung, wirtschaftlichen Wachstums und der Modernisierung und Sanierung der geschädigten Umwelt und einer akzeptablen Lösung für die Einfügung in ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem. Wie werden diese jungen

Demokratien in dieser komplizierten Übergangssituation die angezielte Neuorientierung der Wertmaßstäbe in Angriff nehmen? Die politische Aktivität dürfte sich nicht bloß aus einer Technik der Machtanwendung speisen, sondern müßte zugleich darauf ausgerichtet sein, Menschen in den Stand zu setzen, die genannten Werte als Lebensinhalt zu verwirklichen, ohne aufs neue in eine Vermischung von Ideologie und Politik zu verfallen.

Welche Rolle können die Kirchen dabei spielen? Die Antwort ist alles andere als selbstverständlich. Und mit Recht hat Papst Johannes Paul II. hier ein Thema gesehen für eine Sonderversammlung der Bischofssynode («Eurosynode»). Können die Kirchen in diesen Ländern mehr sein als die Hüterinnen der sittlichen Normen und Werte? Können sie in dem neuen nachmarxistischen Leben der Völker eine erneuerte Form der Anwesenheit in der Öffentlichkeit verwirklichen? Wie sollen sie auf die so gefürchtete «Säkularisierung», den großen Feind im Westen, reagieren? Und worin finden die Nationen ihren Zusammenhalt? Wie reagieren die Kirchen auf die gewünschte regionale Unabhängigkeit für Minderheitsstaaten und ethnische Gruppierungen? Niemand kann mehr von vornherein als Feind betrachtet werden, außer er wäre selbst intolerant und wollte die auf Consensus ausgerichtete Gesellschaftsordnung sprengen um einer allbeherrschenden Wahrheit willen. Das Spielfeld ist pluralistisch geworden. So wollen es die Menschen. Was haben die Kirchen dieser Länder in dieser Hinsicht von den «westlichen» Kirchen zu lernen, die schon so lange in einer Gesellschaftsordnung leben, die sie aber desungeachtet so lange im 20. Jahrhundert weder in politischer Hinsicht noch hinsichtlich ihres wirtschaftlichen und kulturellen Programms grundsätzlich akzeptiert haben? Dies ist eine Frage, die in beiden Welten gestellt werden kann: Wie können die christlichen Kirchen dem universalen Humanismus, der die ethische Grundlage der europäischen Gesellschaft sein wird (und sein muß), die Hand zur Versöhnung reichen?

Dies alles hat auch Rückwirkungen auf die innerkirchlichen Verhältnisse. Die Art des kirchlichen Zusammenhaltens, wie es in den Ostblockländern unter Druck zustande gekommen war, wird wegfallen. Mit der gesellschaftlichen Individualisierung wird auch die religiöse Individualisierung zunehmen. Und wieder kann man fragen: Wie sollen die Kirchen reagieren? Freie Individuen, die in Hülle und Fülle aus den weltweiten Informationsströmen schöpfen können, müßten

eigentlich in ihrem eigenen gut gebildeten Gewissen die Grundlage für ihr christliches Engagement finden. Es geht dabei um ein soziales Gewissen, das eingebettet ist in die Ordnung der weltlichen Gesellschaft und in die Kirche als Gemeinschaft. Nun, da die Kirche die Bürger ermutigt, sich am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen, wird sie begreifen müssen, daß sie selbst weder ein politisches Programm haben noch irgendeine politische Formation darstellen kann. Die Kirchen waren Zufluchtsort bei Unterdrückung und Ausgangspunkt für kritische Bewegungen, aber sie sind nicht geeignet als bleibende politische Plattform. In einer Demokratie nach westlichem Modell sollten Kirche und Staat voneinander getrennt sein, und die politische Verantwortung liegt bei den Bürgern. Die Kirche wird dafür sorgen müssen, daß Christen diese Verantwortung tragen können. Dazu bedarf es der Formung, der Bewußtseins- und Gewissensbildung, wie auch die 7. außerordentliche Bischofssynode über die Rolle und Sendung des Laien in der Welt erkannt hat.

Was in einer nachmarxistischen und zugleich nachmodernen Gesellschaft angesichts der zuneh-

menden Rationalisierung vonnöten ist, ist eine fortdauernde Aufmerksamkeit für die menschliche Person, für die eigene Identität von Menschen, die bestimmt wird durch ihre individuelle Lebensgeschichte, ihr Geschlecht, ihre Erziehung, ihre Sprache, ihr soziales Umfeld, ihren Glauben. Menschen machen Geschichte und Zukunft aus ihrer persönlichen Identität, und diese können sie nicht ausliefern an Kollektive, Programme und Ideologien. Allein Menschen sind Träger des Göttlichen.

Quellen:

Aufsätze in: Nieuwe Rotterdamse Courant/Handelsblad, namentlich von P. Schnabel (23.12.1989), H. Smeets (6.1.1990), B. Knappen (6.2. und 5.5.1990), J. van Doorn (8.2.1990), R. van den Boogaard (17.3.1990), G. Konrad (6.4.1990), M. Leyendekker (23.4.1990), P. Michielsen (23.4.1990).

Aus dem Niederländ. übers. von Dr. Ansgar Ahlbrecht

(«CONCILIUM aktuell» erscheint unter der Verantwortung des jeweiligen Verfassers.)